

N i e d e r s c h r i f t

**der 4. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Ordnung und Umweltangelegenheiten am 24.02.2005**

öffentlich

Ort: SAE-Raum, 5. Etage, 06124 Halle (Saale),
An der Feuerwache 5

Zeit: 17:00 Uhr bis 19:00 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Wolfgang Kupke	CDU
Herr Werner Misch	CDU
Herr Hans-Jürgen Schiller	PDS
Frau Frigga Schlüter-Gerboth	PDS
Herr Dr. Mohamed Yousif	PDS
Herr Michael Zeidler	SPD
Frau Sabine Wolff	Neues Forum
Frau Prof. Dorothea Vent	MitBürger
Herr Dietmar Weihrich	GRÜNE
Herr Dr. Christian Fiedler	SKE
Frau Marion Krischok	SKE
Herr Dr. Carl-Ernst Rürup	SKE
Herr Thomas Wünsch	SKE
Herr Heinz Maluch	GRAUE
Herr Andreas Nowotny	SKE
Herr Eberhard Doege	
Frau Uta Balleyer	
Frau Rita Lachky	
Herr Lutz Müller	
Frau Gudrun Beitz	
Herr Wolfgang Hans	
Herr Uwe Wätzel	

Entschuldigt fehlen:

Herr Oliver Christoph Klaus	CDU	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	Vertretung: Frau Hanna Haupt
Herr Wolfgang Aldag	SKE	
Herr Lutz Sacher	SKE	

Gäste:

Frau Kerstin Schmidt	Ressortleiterin FB 32
Herrn Wolfgang Horn	Ressortleiter Ausländer- und Asylwesen – zu TOP 5.1

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Begehung des Objektes der Hauptwache der Feuerwehr
5. Vorlagen
- 5.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2005 sowie Haushaltskonsolidierung (FB 31, 32, 33 und 37)
 - Bitte Vorlage mitbringen -
 - Beschlussempfehlung des Ausschusses -Vorlage: IV/2004/04603
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. - Antrag der CDU-Stadtratsfraktion, betreffend die Einrichtung von gesonderten Sprechzeiten in der Ausländerbehörde (Vorlagen-Nr. III/2004/03929)
 - Änderungsantrag von Stadträtinnen der HAL-Fraktion - zum Antrag der CDU betreffend die Einrichtung von gesonderten Sprechzeiten in der Ausländerbehörde (Vorlagen-Nr. III/2004/03929)
7. Anfragen
8. Beantwortung von Anfragen
9. Anregungen
10. Mitteilungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Herr Wehrich, Vorsitzender des Ausschusses, eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Protokoll:

Zum Vorschlag von **Herrn Wehrich**, die Begehung des Objektes der Hauptwache der Feuerwehr nach Abhandlung der Tagesordnungspunkte vorzunehmen, gab es keine Einwände. Der nachfolgenden **T a g e s o r d n u n g** wurde ohne förmliche Abstimmung zugestimmt.

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Vorlagen
Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Jahr 2005 sowie Haushaltskonsolidierung - Beschlussempfehlung des Ausschusses –
Vorlagen-Nr. III/2004/04603
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
5.1 - Antrag der CDU-Stadtratsfraktion, betreffend die Einrichtung von gesonderten Sprechzeiten in der Ausländerbehörde (Vorlagen-Nr. III/2004/03929)
- Änderungsantrag von Stadträtinnen der HAL-Fraktion – zum Antrag der CDU betreffend die Einrichtung von gesonderten Sprechzeiten in der Ausländerbehörde (Vorlagen-Nr. III/2004/03929)
6. Anfragen
7. Beantwortung von Anfragen
8. Anregungen
9. Mitteilungen
10. Begehung des Objektes der Hauptwache der Feuerwehr

zu 3 **Genehmigung der Niederschrift**

Protokoll:

Die Niederschrift wurde einstimmig genehmigt.

zu 4 **Vorlagen**

- zu 4.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2005
sowie Haushaltskonsolidierung (FB 31, 32, 33 und 37)**
- Bitte Vorlage mitbringen -
- Beschlussempfehlung des Ausschusses -
Vorlage: IV/2004/04603
-

Protokoll:

Herr Misch bezog sich auf seine in der letzten Ausschusssitzung gestellte Anfrage und die Antwort der Verwaltung zur finanziellen Unterstützung der Jugendfeuerwehr. Die ihm vom Stadt-Jugendfeuerwehrwart übergebenen Unterlagen (Jahresbericht der Jugendfeuerwehr 2004, Maßnahmeplanung der Jugendfeuerwehr Halle in 2005), die alle Ausschussmitglieder erhielten, verdeutlichen das Engagement der Mitglieder der Jugendfeuerwehr. Er stellte den **Antrag**, der Jugendfeuerwehr zweckgebunden weitere 2.000 € zur Verfügung zu stellen und begründete dies. Aus seiner Sicht sei dies ein deutliches Signal des Ausschusses in Würdigung der Leistungen der Kameraden der Jugendfeuerwehr. Einen Deckungsvorschlag habe er nicht. Vielleicht könne der GB III prüfen, ob die Möglichkeit bestehe, diese Summe umzuschichten.

Herr Doege äußerte, dass im vergangenen Jahr die Möglichkeit der finanziellen Unterstützung gegeben war, da die im Haushalt eingestellten Mittel für die Deutschen Meisterschaften im Feuerwehrsport nicht benötigt wurden. Eine Deckung aus dem FB 37 sei nicht möglich. Daher müsse versucht werden, innerhalb des Geschäftsbereiches eine Deckung zu finden.

Sodann erfolgte eine Abstimmung zum nachfolgenden **Antrag**:

Im Haushaltsplan 2005, Einzelplan 1, Unterabschnitt 1300, sind für die Arbeit der Jugendfeuerwehr zusätzlich 2.000 € einzustellen. Innerhalb des Geschäftsbereiches III ist nach einer Deckungsmöglichkeit zu suchen. Eine Mitteilung an den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften durch den GB III erfolgt in der Sitzung am 03.03.2005.

Abstimmung:

9 - Ja-Stimmen.

Damit wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Herr Weihrich stellte den **Antrag**, im Unterabschnitt 1100, HHSt. 260000, Bußgelder u. ä., den Planansatz von 3 Mio. € auf 2,5 Mio € zu reduzieren und begründete dies.

Zu dem von **Herrn Kupke** angesprochenen Artikel in der Bildzeitung, wonach die Politessen jährlich „30 Mio. €“ an Bußgeldern bringen müssten, antwortete **Herr Doege**. Er habe am Rande der letzten Stadtratssitzung mit dem Verfasser des Artikels gesprochen und mitgeteilt, dass insgesamt für 2005 3 Mio. € im Haushalt eingestellt seien. Es handle sich um Bußgelder innerhalb der gesamten Stadtverwaltung, ausgenommen sei das Veterinäramt.

An der Diskussion zur Höhe der einzustellenden Bußgelder beteiligten sich **Herr Misch, Frau Schlüter-Gerboth und Herr Zeidler**.

Herr Doege erläuterte den Sachverhalt und teilte u. a. mit, dass die Planung das erste Verwaltungshandeln aussagt. Wie das Geld tatsächlich fließt, hänge von unterschiedlichen Faktoren ab. Darauf habe der FB 32 keinen Einfluss. Einerseits gäbe es eine sehr säumige, zahlungsunwillige Kundschaft. Zum anderen gäbe es ein Klientel, das gar nicht in der Lage sei, die Mittel aufzubringen. Es ist davon auszugehen, dass der Pfändungsfreibetrag bei 780 € liegt. Die bisherige Praxis zeige, dass wahrscheinlich den 3 Mio. € 1 Mio. € aus dem Jahr 2005 als Einnahmereste verbleiben.

Frau Schmidt ergänzte, dass zurzeit ca. 700.000 € Außenstände zu verzeichnen seien, die wegen Ratenzahlung bis in das Jahr 2009 gehen.

Frau Prof. Vent bat um stärkere Kontrollen der vor den Geschäften etablierten Aufsteller, die zum Teil nicht mit der DSM-Plakette versehen sei.

Frau Krischok bezog sich in ihren Ausführungen auf die Haushaltskonsolidierung und wollte wissen, ob mit der Reduzierung der Einnahmen ein Abbau von Personal verbunden sei.

Herr Doege antwortete, dass die Mindereinnahmen im Zahlungsfluss begründet und nicht mit der Aktivität der MitarbeiterInnen des FB 32 verbunden seien. Im Übrigen wurde auf das Fachkonzept des Fachbereiches 32 verwiesen.

Der **Antrag** von **Herrn Weihrich**, die Einnahmen im Einzelplan 1, UA 1100, HHSt. 260000, von 3 Mio. € auf 2,5 Mio € zu reduzieren, wurde mit

3	- Ja-Stimmen
7	- Nein-Stimmen

abgelehnt.

Sodann erfolgte die Abstimmung zum Haushaltplanentwurf 2005.

Verwaltungshaushalt

Der Verwaltungshaushalt wurde einschließlich dem Antrag von Herrn Misch mit

8	- Ja-Stimmen
1	- Nein-Stimme

angenommen.

Vermögenshaushalt

Der Vermögenshaushalt wurde einschließlich der eingebrachten Veränderungen der Fachbereiche 31 und 33 mit

8 - Ja-Stimmen
1 - Stimmenthaltung

angenommen.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

- zu 5.1 - Antrag der CDU-Stadtratsfraktion, betreffend die Einrichtung von gesonderten Sprechzeiten in der Ausländerbehörde (Vorlagen-Nr. III/2004/03929)**
- Änderungsantrag von Stadträtinnen der HAL-Fraktion - zum Antrag der CDU betreffend die Einrichtung von gesonderten Sprechzeiten in der Ausländerbehörde (Vorlagen-Nr. III/2004/03929)
-

Protokoll:

Herr Doege ging auf die beiden Anträge ein, die in der Stadtratssitzung am 25.02.04 behandelt und in die seinerzeit zuständigen Ausschüsse, dem Innenausschuss und dem Gleichstellungsausschuss, verwiesen wurden. Während der Antrag der CDU-Stadtratsfraktion sich darauf bezog, in der Ausländerbehörde der Stadtverwaltung Halle für ausländische Gastwissenschaftler und ausländische Studenten eine gesonderte Sprechzeit einzurichten, bestand der Änderungsantrag der HAL-Fraktion darin, dass die Sprechzeiten für alle ausländischen Mitbürger so umgestaltet werden, dass unzumutbare Wartezeiten verhindert werden.

Gemäß Geschäftsordnungsantrag habe der Innenausschuss festgelegt, beide Anträge bis Vorliegen der Ergebnisse der Organisationsuntersuchung in der Ausländerbehörde zu vertagen. Der Gleichstellungsausschuss habe aufgrund der Darlegungen der Verwaltung im Ausschuss beide Anträge als erledigt erklärt.

Im Ergebnis der Organisationsuntersuchung, die in einem Zeitraum von ca. sechs Monaten stattfand, kam es zu nachfolgenden Kernaussagen:

- eine Vollzeitstelle des mittleren Dienstes ist sofort der Ausländerbehörde zuzuführen
- in Verbindung mit dem neuen Zuwanderungsgesetz besteht ein zusätzlicher Stellenbedarf von drei Vollzeitstellen
- neue räumliche Voraussetzungen sind zu schaffen.

Die Stadt habe sich gemeinsam mit ZGM verstärkt um neue Unterbringungsmöglichkeiten bemüht. Ausgangspunkt der Bemühungen seien gewesen, dass es kein Mietobjekt ist und Räumlichkeiten nicht in einem bebauten Wohnbereich liegen. U. a. wurden Schulen angesehen. Hier sei der Instandhaltungs- und Erneuerungsaufwand sehr hoch. Eventuell ergäbe sich die Möglichkeit der Nutzung der Räumlichkeiten der Verwaltung Kindertagesstätten Am Stadion 5, die in Durchsetzung des Stadtratsbeschlusses als Eigenbetrieb umziehen werden. Erst nach erfolgtem Umzug sei die Stellenbesetzung möglich.

Der Bitte von **Herrn Dr. Yousif**, ihm eine Kopie des Untersuchungsberichtes zu übergeben, kann nicht entsprochen werden, da es sich um verwaltungsinterne Unterlagen handle, so **Herr Doege**.

Herr Dr. Yousif verwies auf seine drei gestellten Fragen im damaligen Gleichstellungsausschuss und wollte wissen, ob auch an Montagen Sprechzeiten durchgeführt werden können.

Herr Horn beantwortete die Anfrage dahingehend, dass er dies zum gegenwärtigen Zeitpunkt als nicht durchführbar halte. Die Mitarbeiterzahl sei gleich geblieben. Aufgrund des Haustarifvertrages stünden weniger Stunden zur Verfügung. Anträge müssen außerhalb der Sprechzeiten bearbeitet und entschieden werden. Es gäbe eine Vielzahl von Fällen, bei denen es weiterer Recherchen bedarf. Dies könne nicht während des Publikumsverkehrs geschehen. Die Öffnungszeiten betragen wöchentlich 21,5 Stunden. Würden die Öffnungszeiten verlängert werden, hätte dies zur Folge, dass Anträge nicht termingerecht bearbeitet werden würden, es zu Untätigkeitsklagen kommen würde, die meist zum Erfolg führen und der Stadt erhebliche Kosten verursachen würden. Ferner machte **Herr Horn** darauf aufmerksam, dass die in die Ausländerbehörde einzustellenden Mitarbeiter keine Sachkenntnis vom Ausländerrecht hätten und demzufolge speziell ausgebildet werden müssten.

Auf die Frage von **Herrn Kupke** zu den Wartezeiten eingehend, antworteten **Herr Horn und Herr Doege**. Dabei bezogen sie sich auf die im Jahr 2004 durchgeführten Kundenbefragung im Fachbereich Bürgerservice. Demgemäß betrage u. a. die Wartezeit in der Ausländerbehörde durchschnittlich eine Stunde und 37 Minuten.

Herr Wunsch ging noch einmal auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion ein und wollte wissen, wie sich die Einrichtung von Sonderöffnungszeiten und Individualsprechzeiten bewährt habe.

Herr Doege antwortete darauf und bezog sich auf die Beantwortung des Antrages, die allen Ausschussmitgliedern vorliegt.

Weitere Wortmeldungen gab es von **Herrn Misch, Herrn Schiller und Herrn Dr. Yousif**.

Der von **Frau Prof. Vent** gestellte **Geschäftsordnungsantrag** zum Abschluss der Debatte wurde mit 2 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen abgelehnt.

Wortmeldungen gab es von **Herrn Dr. Yousif und Herrn Zeidler**.

Herr Zeidler bat um Abstimmung beider Anträge und war der Meinung, diese als erledigt zu betrachten.

Abstimmung:

9 - Ja-Stimmen

Abschließend teilte **Herr Doege** mit, dass die Verwaltung den Ausschuss über räumliche Veränderungen der Ausländerbehörde zeitnah informieren werde.

zu 6 **Anfragen**

Protokoll:

Frau Prof. Vent bat um Information zum Bearbeitungsstand des Projektes „Phänomena“.

Herr Doege bat, diese Frage zuständigkeithalber im Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung zu stellen.

Frau Schlüter-Gerboth bezog sich auf die Antwort der mündlichen Anfrage von Frau Dr. Haerting zur Thematik „Streuen von Salz“ in der letzten Stadtratssitzung. Sie ist der Ansicht, dass die Aussage nicht stimmen würde, dass nur besonders gefährdete Flächen mit Salz und alle anderen mit Splitt bestreut werden.

Herr Doege antwortete und teilte u. a. mit, dass sich die Anfrage auf Fußwege bezog und für den Winterdienst der GB II verantwortlich sei.

Die Anfrage von **Frau Krischok**, ob die Verwaltung einen Überblick habe, wie viel Schäden mit welchen finanziellen Auswirkungen in öffentlichen Grünanlagen durch Graffiti-Schmierereien zu verzeichnen seien, kann durch GB III nicht beantwortet werden und wird an GB II weitergeleitet, so **Herr Doege**.

Die Frage von **Herrn Kupke** zur Veränderung des Standortes der Markthändler beantwortete **Herr Doege**.

zu 7 **Beantwortung von Anfragen**

Protokoll:

Es gab keine Wortmeldungen.

zu 8 **Anregungen**

Protokoll:

Wortmeldungen gab es nicht.

zu 9 **Mitteilungen**

Protokoll:

Herr Doege bezog sich auf die Anfrage des Herrn Misch in der letzten Stadtratssitzung zum Urteil des Europäischen Gerichtshofes und teilte mit, dass die Mitteilung des Deutschen Städtetages zum Urteil des Europäischen Gerichtshofes der Niederschrift als Anlage beigefügt wird.

zu 10 **Begehung des Objektes der Hauptwache der Feuerwehr**

Im Anschluss an die Sitzung erfolgte die Begehung des Objektes der Hauptwache der Berufsfeuerwehr.

Für die Richtigkeit:

Datum: 24.04.08

Dietmar Wehrich
Ausschussvorsitzender

Eberhard Doege
Beigeordneter

Gudrun Beitz
Protokollantin